



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Carina Gödecke und Serdar Yüksel

Ausgabe 03/2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in unserem März-Newsletter möchten wir Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus unseren Wahlkreisen Bochum, Wattenscheid und Herne berichten.

Am Freitag wurde im Plenum der Antrag der koalitionstragenden Fraktionen „NRW steht für Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie“ debattiert, in dem es u.a. um die umstrittenen Auftritte türkischer Politiker in NRW geht. Unser Justizminister Thomas Kutschaty betonte, dass innertürkische Konflikte nicht in Deutschland ausgetragen werden dürfen. Dem können wir nur zustimmen.

Des Weiteren haben wir uns, gemeinsam mit den GRÜNEN, in unserem Antrag klar und deutlich gegen die Wiedereinführung der Studiengebühren positioniert. In der Debatte wurde unsererseits besonders hervorgehoben, dass Bildung für jeden zugänglich sein muss und man nicht aufgrund finanzieller Schranken an dem Zugang gehindert werden darf.

Außerdem möchten wir über unseren Bochum-Tag - ein Format, das sicherlich viele mittlerweile kennen - berichten: Zuletzt waren wir bei der BOGESTRA, um uns vor Ort über aktuelle Themen zu informieren. Im Anschluss hatten wir die Möglichkeit das Anneliese-Brost-Musikforum zu besichtigen. Einen Besuch des Musikforums können wir jedem ans Herz legen. Insgesamt war es ein sehr schöner, abwechslungsreicher und vor allem interessanter Tag für uns.

Zudem gab es auch noch einen besonderen Besuch: Die Lessing-Schule Bochum war zu Gast im Düsseldorfer Landtag. Ein besonderer Besuch deshalb, weil wir nicht alle Tage 116 Schülerinnen und Schüler zu einer Diskussionsrunde begrüßen dürfen. Alle fünf Klassen des neunten Jahrgangs waren nach Düsseldorf gekommen. Der SPD-Fraktionssaal war „pickepackevoll“. Bundespolitische sowie landespolitische Themen brannten den Jugendlichen auf der Seele: Trump, die aktuelle Situation in der Türkei und das Verhältnis zu Deutschland sowie Fragen zu G8/G9 wurden unter anderem thematisiert. Ein großes Lob an alle Schülerinnen und Schüler, die sich sehr diszipliniert und interessiert an der Diskussion beteiligt haben. Dankeschön dafür!

Wir wünschen Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen unseres Newsletters!

Beste Grüße

Carina Gödecke MdL

Serdar Yüksel MdL

Zweifelsfrei: NRW steht für Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie



Am 16. April 2017 findet in der Türkei eine Abstimmung über die Einführung eines Präsidialsystems statt, das dem Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan große Machtbefugnisse einräumen soll und in die demokratische Gewaltenteilung massiv eingreift. Da die in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken an dieser Abstimmung teilnehmen dürfen, planen türkische Regierungsmitglieder hierzulande Wahlkampf-Auftritte. Diese wurden zum Teil abgesagt. In der Diskussion sind aber weiterhin Auftritte von Erdogan und anderen türkischen Politikern.

Angesichts massenhafter Entlassungen und Inhaftierungen nach dem gescheiterten Putsch, der Einschränkung der Pressefreiheit und der Nichtvereinbarkeit des türkischen Präsidialsystems mit deutschen Grundwerten, ist eine öffentliche Diskussion entbrannt, ob und wie solche Auftritte untersagt werden können. Mit dem vorliegenden Antrag soll der Landtag seine Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass es solche Wahlkampfauftritte von türkischen Regierungsmitgliedern und des Staatspräsidenten in NRW nicht geben darf. Hierzu soll die Landesregierung auf die Bundesregierung einwirken, um Wahlkampfwegen dienende Auftritte von türkischen Regierungsverantwortlichen zu verhindern.

[Drucksache 16/14395](#)

Fair: Attraktiver ÖPNV braucht attraktive Arbeitsplätze

Gute und engagierte Mitarbeiter kosten Geld. Lohndrückerei und die Umgehung tariflicher Standards haben noch nie für Qualitätsverbesserungen im ÖPNV gesorgt. Das ist das Credo des Plenarantrages der Koalitionsfraktionen, der am Donnerstag im Landtag diskutiert wird. Worum geht es:

Der Bundesrat hat auf Initiative von NRW und weiteren Bundesländern einen Gesetzentwurf zur Veränderung des Personenbeförderungsgesetzes beschlossen und dem Deutschen Bundestag zugeleitet. Der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes zur Sicherung von Qualitäts- und Sozialstandards im öffentlichen Personennahverkehr (PBefG-Änderungsgesetz)“ soll die soziale und finanzielle Sicherheit der Beschäftigten im ÖPNV gewährleisten, die Entscheidungshoheit der Aufgabenträger über ihr ÖPNV-Angebot erhalten und die Chancengleichheit der kommunalen Verkehrsunternehmen sichern. Im Bundestag ist der Entwurf umstritten.



Der SPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen geht es jedoch darum, Dumpinglöhne im ÖPNV zu verhindern und gleiche Wettbewerbschancen für alle Anbieter von Verkehrsleistungen zu schaffen. Nur auf Bundesebene kann mit der entsprechenden Ausgestaltung des Personenbeförderungsgesetzes wirksam Abhilfe geschaffen werden. Die Möglichkeiten des Landes, über das eigene Gesetz zum ÖPNV Fehlentwicklungen entgegen zu wirken, sind zwar ausgeschöpft, aber letztlich nicht ausreichend.

Der Antrag dient der politischen Unterstützung des Vorhabens. Es kommt jetzt darauf an, dass in Berlin für den sinnvollen Gesetzentwurf geworben wird. Die Union muss ihre Blockadehaltung aufgeben.

[Drucksache 16/14394](#)

Gerecht: Keine Studiengebühren in NRW



Seit 2011 ist Nordrhein-Westfalen studiengebührenfrei. Dies war und ist eine richtige Entscheidung, die Studierende und ihre Familien entlastet und Bildungschancen deutlich verbessert hat. Mit der Abschaffung der Studiengebühren in NRW wurde ein Trend eingeläutet, der dazu geführt hat, dass es dieses Modell nun bundesweit nicht mehr gibt. Deshalb bestand die Hoffnung, dass die Gebühren an Hochschulen auch zukünftig kein Thema mehr sein werden.

Doch weit gefehlt: Die Oppositionsfraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag liebäugeln nun wieder mit den Bildungsgebühren. Die FDP hat bereits erklärt, Studiengebühren wieder einführen zu wollen. Die CDU vermeidet eine klare Positionierung, fordert mal Studiengebühren und dann wieder nicht. Doch die Menschen in NRW haben eine klare Aussage verdient. Daher haben die Regierungsfractionen im Landtag einen Antrag gestellt, der sich klar zu gebührenfreier Bildung in den Hochschulen in NRW positioniert. Sie laden alle Fraktionen ein, sich diesem anzuschließen.

Damit es aber bei allen, die sich nicht täglich mit dem Studium beschäftigen, keine Missverständnisse gibt: Der Sozialbeitrag, der pro Semester erhoben wird, bleibt bestehen. Der Sozialbeitrag wird schon immer erhoben und beträgt z.Zt. in Bochum für das Sommersemester 2017 311,88 Euro. Die genaue Auflistung, was in dem Beitrag enthalten ist, finden Sie [hier](#).

[Drucksache 16/14392](#)

Wertvoll: Wissenschaftsfreiheit und Internationalisierung müssen verteidigt werden

Die Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie ist wichtig für die Demokratie, für Innovationen, gute Bildung, freie Forschung und vieles mehr. Mit großer Sorge beobachten wir, dass sowohl die Wissenschaftsfreiheit, als auch die dringend notwendige internationale Kooperation in der Wissenschaft in vielen Ländern nicht mehr selbstverständlich ist.



Beispiele gibt es viele, vergleichbar sind sie selten. In vielen Ländern werden sowohl Wissenschaftsfreiheit, als auch Menschenrechte seit langem massiv eingeschränkt. Doch auch in anderen Ländern leidet die Wissenschaftsfreiheit zunehmend, beispielsweise in der Türkei, wo nach dem Putsch des vergangenen Jahres Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entlassen und teilweise verfolgt wurden und noch werden.

Sogar in den USA sind Einschränkungen zu befürchten. Forschungsergebnisse sollen teilweise vor Veröffentlichung der Politik vorgelegt werden, Forschungsgelder drohen wegzubrechen. In Großbritannien droht zumindest die internationale Kooperation der Wissenschaft durch den Brexit schwieriger zu werden, auch wenn die Wissenschaftsfreiheit nach wie vor uneingeschränkt ist.

Im Antrag „Wissenschaftsfreiheit und Internationalisierung der Forschung sind unverzichtbar und elementar für NRW und weltweit“ bringen die Regierungsfractionen ihre Besorgnis zum Ausdruck und fordern, die Bemühungen für Wissenschaftsfreiheit fortzusetzen und auszubauen. Dies bedeutet internationale Gespräche, den Ausbau von Kooperationen und auch die Aufnahme von verfolgten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

[Drucksache 16/14393](#)



Am 24. April 2013 setzte der Landtag NRW einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur WestLB ein.

Er hatte unter anderem den Auftrag, die Fehlentwicklungen bei der Bank zu untersuchen und insbesondere zu ermitteln, inwieweit deren Niedergang auf ein fehlerhaftes, möglicherweise rechtswidriges Verhalten Einzelner oder fehlerhaftes Management zurückzuführen sei.

Nach zahlreichen Zeugenvernehmungen, Prüfung von Unterlagen und intensiver Beratung wird nun der

Abschlussbericht des Ausschusses vorgestellt und im Landtag beschlossen.

Dabei wird deutlich, dass der Untersuchungsauftrag für die Möglichkeiten eines Untersuchungsausschusses viel zu umfangreich war. Aufgrund der großen Menge an Unterlagen und des langen Untersuchungszeitraums, von 1980 bis in die heutige Zeit, war es dem Ausschuss nicht möglich, alle einzelnen Sachverhaltskomplexe zu untersuchen. Festzuhalten bleibt aber, dass das Risikomanagement der Bank jeweils nicht auf der Höhe der Zeit war und es zahlreiche externe und damit nicht zu beeinflussende Kriterien gab.

Eine andere Ursache für den Niedergang der West LB war, dass sie sich zu sehr wie eine Investmentbank und zu wenig wie eine Landesbank verhalten hat. Politische Einflussnahme auf die Geschäftspraktiken der Bank konnten nicht festgestellt werden.

Ein weiterer entscheidender Faktor für die Abwicklung der Bank war das Verhalten der Europäischen Union (EU). Die EU-Kommission setzte sich extrem kritisch mit der West LB auseinander. Hintergründe waren die große Skepsis insbesondere der Generaldirektion „Wettbewerb“ gegenüber dem öffentlichen Bankensystem in Deutschland und zahlreiche Beschwerden von Privatbanken gegen die West LB. Letztlich war nicht zu klären, ob im Rahmen einer Fusionslösung die Landesbank in NRW hätte erhalten bleiben können. Eine genaue Bezifferung der Lasten für den Steuerzahler war wegen der sehr unterschiedlichen Sachverhaltskomplexe nicht möglich.

Die Untersuchungsergebnisse werden getragen durch die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/die Grünen und die FDP. Einzig die Piraten haben durch Minderheitenvoten eine zum Teil andere Meinung zum Ausdruck gebracht.

[Drucksache 16/14150](#)

Innovativ: Fortschritt durch Industrie 4.0 für NRW gestalten

Der Klimawandel und die Digitalisierung verändern die Industrie. Die sogenannte Industrie 4.0, bei der Produktion und modernste Informations- und Kommunikationstechnologie verzahnt sind, erlaubt eine höhere Produktivität und Flexibilität. Nur wenn dabei menschliche Arbeit erleichtert, aufgewertet und Beschäftigte mitgenommen werden, kann die Industrie 4.0 ein Erfolg werden. Neben der Digitalisierung steht die Industrie mit dem Klimawandel noch vor einer zweiten großen Herausforderung. Die digitalen Technologien erleichtern eine Wertschöpfung, um Ressourcen zu sparen.



Mit unserem Antrag sollen Konzepte für eine moderne und intelligente Industrie in NRW vorangetrieben werden.

[Drucksache 16/12853](#)

Anerkennen: Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten

Auch wenn nach dreijährigen intensiven Beratungen in der Verfassungskommission ein Teil unserer Vorstellungen von der Opposition blockiert wurden, gilt: Wir halten unsere Versprechen und setzen weiter auf verbesserte Teilhabechancen.

Deswegen wollten wir die Verfassung ändern und den Bedürfnissen der hier dauerhaft lebenden Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürgern nach mehr Mitbestimmung in der Kommune Rechnung tragen. Für die Änderung der Verfassung ist eine Mehrheit von Zweidrittel der Stimmen notwendig. Neben den rot-grünen Fraktionen und den Piraten waren aber CDU und FDP nicht bereit, einen Beitrag zur Integration zu leisten. Trotz langer Diskussionen in der Verfassungskommission mit viel Rückenwind für das Vorhaben und der Beratung des Gesetzentwurfes, machten sich weder die FDP, die sich in ihrem Bürgerprogramm zur Bundestagswahl 2013 für dieses Vorhaben aussprach, noch die CDU für gut integrierte und dauerhaft in NRW lebende Ausländerinnen und Ausländer stark. Das ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die hier bereits über Jahrzehnte leben, sich in das Zusammenleben einfügen, ihre Steuern zahlen und sich ein wenig Anerkennung wünschen. Diese vertane Chance reiht sich in die rückschrittliche Integrationspolitik der CDU ein.

[Drucksache 16/13314](#)

“Strategien gegen Rechtsextremismus in NRW”

Das kommunale Integrationszentrum der Stadt Bochum und der Kinder- und Jugendring Bochum e.V. richteten am 13. März 2017 ein Politisches Forum zum Thema „Strategien gegen Rechtsextremismus in NRW“ in den Räumlichkeiten der IFAK aus.

Die beiden Bochumer Landtagsabgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel waren mit unterschiedlichen Rollen in die Veranstaltung eingebunden.

Carina Gödecke hielt als Landtagspräsidentin von Nordrhein-Westfalen vor rund 100 TeilnehmerInnen, das Grußwort. In ihrem Grußwort machte sie deutlich, wie wichtig der gemeinsame Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtspopulismus für eine starke Demokratie sei. Auch wenn es oft inhaltliche Unterschiede in den Bewertungen und Zielen der



anwesenden Parteien gäbe, so seien diese sich doch einig, dass Toleranz und Respekt die Grundlage jeglicher politischer Arbeit sein müsse. Wie wichtig ein fairer Umgang im politischen Wettstreit ist wurde nicht nur in Gödeckes Grußwort deutlich, sondern auch in der anschließenden Podiumsdiskussion, an der Serdar Yüksel für die SPD teilnahm. Hier stellte jeweils ein Kandidat/Abgeordneter der Bündnis 90 Die Grünen, der CDU, der FDP, der Linken und die Piraten ihre Positionen zur Landtagswahl am 14. Mai 2017 dar.

Internationaler Frauentag: „Nie geschenkt, immer erkämpft!“



Seit Jahrzehnten steht am Internationalen Frauentag die Forderung der Abschaffung von Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen im Zentrum der Feierlichkeiten und Debatten am 8. März. Im Zuge dessen veranstaltete die SPD Wattenscheid die traditionelle Rosenverteil-Aktion in der Wattenscheider Innenstadt.

„Gerade in der heutigen Zeit, in der rechtspopulistische Meinungen immer mehr Aufmerksamkeit erhalten, ist es ein wichtiges Zeichen am Internationalen Frauentag ein Zeichen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu setzen

– ganz nach dem Motto: Nie geschenkt, immer erkämpft! Wir müssen weiterhin Anstrengungen unternehmen, um soziale Lücken – wie zum Beispiel die Lohnlücke zwischen Mann und Frau – zu schließen“, so der Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel am SPD-Infostand vor der Friedenskirche.

Noch immer sind die Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen gravierend. Die SPD hat sich mit der Einführung einer Frauenquote nicht nur innerparteilich für die Gleichstellung von Frauen und Männern eingesetzt; sondern setzt sich auch für politische Veränderungen im Arbeitsleben ein, um die Missstände zu beheben. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns hat zum Beispiel dazu beigetragen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor vor Dumpinglöhnen zu schützen. Da insbesondere Frauen von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind, ist der gesetzliche Mindestlohn ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, um Ungleichheiten zu bekämpfen.

Es bleibt eine gesellschaftliche Herausforderung sich weiterhin für die Gleichstellung der Frauen einzusetzen und somit für eine gerechtere Gesellschaft einzutreten. Das Engagement für ein gleichberechtigtes Zusammenleben bleibt eine wichtige Aufgabe der Politik, nicht nur am Internationalen Frauentag, sondern an jedem Tag im Jahr.

Carina Gödecke und Serdar Yüksel lauschen der Musik

Am 21. Februar erkundeten Carina Gödecke und Serdar Yüksel gemeinsam mit Marina Grochowski, Vorstand der Stiftung Bochumer Symphonie und mit Jürgen Göke, dem leitenden Bauingenieur des Musikforums Bochum das im Oktober eröffnete Anneliese-Brost-Musikforum.

Grochowski und Göke zeigten dabei nicht nur einen wunderbaren Einblick in das Gebäude, sondern ließen die Geschichte Revue passieren, wie aus einer im Krieg beschädigten Kirche nun ein wunderschönes Haus der Musik wurde.



Für das Haus gibt es ein klares Nutzungskonzept, welches Veranstaltungen, bis auf gut begründete Ausnahmen, nur zulässt, wenn sie auch etwas mit „Musik“ zu tun haben.

Hauptsächlich wird das Musikforum von den Bochumer Symphonikern und der Musikschule Bochum „bespielt“. Wie groß das Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist, zeigen zum einen die nahezu vollständig ausverkauften Konzerte der Bochumer Symphoniker, sowie auch die immer wieder



einkehrenden Mitbürger, die sich das Haus mit seiner besonderen Ausstrahlung anschauen und erfahren möchten.

Wer einmal die Möglichkeit hat das Musikforum auf sich wirken zu lassen wird beeindruckt sein, unabhängig davon, ob er ursprünglich den Bau begrüsst hat oder zu seinen Kritikern zählte. Denn, am Ende des Tages muss man sagen, dass ein einmaliges Kulturensemble entstanden ist in Bochum und für Bochum und über den Tellerrand hinaus.

Bochum Wir kommen aus dir!

Am 16. März 2017 besuchten Leserinnen und Leser des Stadtspiegels Bochum Carina Gödecke und Serdar Yüksel im Düsseldorfer Landtag. Der Tag konnte auch kaum besser gewählt werden. Denn auch wenn es schon um 7.00 Uhr in der Frühe in Bochum losging, wurde die Gruppe die ganze Zeit von strahlendem Sonnenschein begleitet. Die Eindrücke der Gruppe und die Diskussion mit den beiden Abgeordneten waren so nachhaltig, dass jetzt Überlegungen bestehen, den Landtagsbesuch jedes Jahr anzubieten.

Einen ausführlichen Bericht des Stadtspiegels über diese Fahrt findet man unter folgendem [Link des Lokalkompasses](#).



Weitere Informationen

Carina Gödecke



Serdar Yüksel



V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 0